

17. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. Juli 1952

538/J ✓

A n f r a g e

der Abg. S c h a r f und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend den Missbrauch der Exekutive zur mutwilligen Stillegung eines
Industriebetriebes.

-.-.-

Am 15. Juli, offenbar zur Feier des 25. Jahrestages des Überfalles der Schöber-Polizei auf die Arbeiterschaft Wiens, haben auf Anordnung der dem Bundesminister für Inneres unmittelbar unterstehenden Sicherheitsdirektion des Bundeslandes Niederösterreich bewaffnete Abteilungen der Gendarmerie, darunter auch die Schulabteilung aus Wien, in einem Massenaufgebot in den frühen Morgenstunden einen niederösterreichischen Industriebetrieb, die Feinweberei am Reisenbach, überfallen. Die Gendarmerie ist in den Betrieb eingedrungen, hat die dort tätigen Arbeiter angehalten und in ihrer persönlichen Freiheit verletzt, zwei Betriebsangehörige, den provisorischen Betriebsleiter Heller und den 63-jährigen Werkmeister Jilek, verhaftet, die auf Betriebsgrund wohnenden Familien gehindert, das Betriebsgelände zu verlassen, sogar die Frauen davon abgehalten, Milch für ihre Kinder zu holen, und die ganze Arbeit im Betrieb stillgelegt. Das Betriebsgelände wurde kriegsmässig besetzt.

Die Feinweberei am Reisenbach sollte nach dem Beschluss der Unternehmer stillgelegt und die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes auf die Strasse geworfen werden. Den Profitinteressen der Unternehmer entsprechend es besser, Aufträge an andere Industrieunternehmungen zu vergeben. Die Unternehmer lehnten auch die Übernahme von Aufträgen ab, die die Fortbeschäftigung des Betriebes gesichert hätte, weil der ihnen aus diesen Aufträgen zufallende Profit ihnen zu gering erschien. Um die Arbeiterschaft vor Not und Elend der Arbeitslosigkeit zu schützen, haben die Arbeiter sich selbst um die Beschaffung von Arbeit bemüht. Sie haben es zustande gebracht, dass der Betrieb weiterarbeitete, und die Beschäftigung eines Teiles der Arbeiter sofort, die Vollbeschäftigung der ganzen Arbeiterschaft des Betriebes in absehbarer Zeit ermöglicht. Sorgfältigste Kalkulation ergab die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebsführung und gleichzeitig die Sicherung des Brotes für die Arbeiterschaft.

Mit allen möglichen Schikanen versuchten die profitsüchtigen Unternehmer, die Fortführung des Betriebes durch die Arbeiterschaft zu verhindern, während die Arbeiter stets erklärten, dass es ihnen nur um die Sicherung des Brotes gehe und dass sie daher jederzeit bereit seien, die

18. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. Juli 1952

durch sie beschafften Aufträge den Unternehmern zu übergeben, falls diese die Fortführung des Betriebes und die Beschäftigung der gesamten Arbeiterschaft garantieren.

Die neueste Entwicklung zeigt, dass das Bundesministerium für Inneres, an dessen Spitze ein Minister steht, der behauptet, einer Arbeiterpartei anzugehören, die angeblich für die Vollbeschäftigung in Österreich kämpft, sich zum Büttel der Profitinteressen der Unternehmer gemacht hat. Nach wiederholten Versuchen der Besetzung des Betriebes und des Einschreitens gegen Arbeiter und Angestellte, die für die Vollbeschäftigung arbeiten, kam der Überfall vom 15. Juli 1952.

Mit Recht ist die Arbeiterschaft, vor allem im niederösterreichischen Industriegebiet, empört über diesen Überfall. Die Arbeiterschaft steht hinter den Arbeitern des Betriebes am Reisenbach, die für die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes kämpfen, und ist entrüstet darüber, dass Regierung und Regierungsparteien offen und bedenkenlos die Interessen der profit-süchtigen Unternehmer gegen die Arbeiterschaft vertreten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres als Chef der Exekutive und Verantwortlichen für den Überfall auf die Feinweberei in Reisenbach folgende

A n f r a g e n:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit sofort anzuordnen, dass die Besetzung der Feinweberei am Reisenbach aufgehoben und die Fortsetzung der Arbeit im Betrieb ermöglicht wird?
- 2.) Ist der Bundesminister für Inneres bereit, Garantien dafür zu schaffen, dass die Exekutive nicht als Werkzeug der Unternehmer gegen die werktätige Bevölkerung missbraucht wird?

-.--.-.-